

Haushaltsrede des UWG-Gruppensprechers Ralf Lange

Kreistagssitzung am 26.03.26

Lieber Herr Landrat, liebe Kreistagsmitglieder, liebe Mitarbeiter der Kreisverwaltung, liebe Zuschauer und liebe Pressevertreter,

im Jahr 2025 hat sich die politische Lage in der Welt und in Deutschland nicht verbessert. Jüngste Entwicklungen lassen die Sorgen stark wachsen. Diese Themen belasten uns:

- Die Eskalation des Krieges im Nahen Osten,
- der nun schon vier Jahre andauernde brutale Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine,
- die Zunahme von Cyberattacken und Angriffen auf Unterseekabel,
- der Krieg im Sudan,
- der Konflikt zwischen China und Taiwan,
- ein narzisstischer, irrlichtender amerikanischer Präsident, der jahrzehntelang gelebte Werte beliebig in Frage stellt und demokratische Strukturen in den USA abbaut,
- die Klima-Krise mit häufigeren und immer dramatischeren Naturkatastrophen,
- die aktuellen bundespolitischen Bestrebungen **dennoch** den Klimaschutz, die Wärmewende und die dezentrale Energieerzeugung auszubremsen,
- immer mehr Fakenews und eine Verrohung der Sprache in den sogenannten sozialen Medien,
- eine rechtsextreme Partei mit hohen Umfragewerten, die Sorgenfalten insbesondere mit Blick auf die Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern entstehen lassen,
- große bundespolitische Herausforderungen wie das Ankurbeln der Wirtschaft und die Zukunft der Sozialsysteme,
- eine deutsche Infrastruktur mit großem Sanierungsbedarf
- sowie die nicht auskömmliche Finanzierung der Kommunen durch Bund und Land.

Deutschland und Europa sind gefordert, ihre **wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit** gegen Schocks aufgrund von Lieferkettenunterbrechungen oder Cyberangriffen zu stärken und neue multilaterale Wirtschaftsbeziehungen zu knüpfen.

Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern muss deutlich reduziert werden. Dazu reicht es nicht, russisches Gas durch Gas aus Amerika oder Katar zu ersetzen. Dies sind nur Übergangslösungen. Das Ausbautempo der Erneuerbaren Energien und der Stromnetze muss deutlich erhöht werden. Für eine vollständig erneuerbare Energieversorgung fehlen Speicher. Und der vorhandene Strom muss flexibler genutzt werden. Alle notwendigen **Lösungsbausteine** gibt es bereits. Ziel ist es, sie flächendeckend zum Einsatz zu bringen. Dazu gehören Smartmeter, Speicher für PV-Anlagen, Wallboxen für bidirektionales Laden und netzgekoppelte Batteriegroßspeicher. Immer noch gibt es viele Vorbehalte – aber letztlich entscheidet die Physik. Die Elektrifizierung von Mobilität und Wärme ist sehr effizient. Heizen und Autofahren mit Strom wird sich aufgrund dieser Effizienz und der sich hieraus ergebenden Kostenvorteile durchsetzen.

Im Sinne der wirtschaftlichen Resilienz dürfen Politiker im Bund, im Land oder auf kommunaler Ebene beim Ausbau der Erneuerbaren nicht auf der Bremse stehen. Es gilt deutsche Innovationskraft und Ingenieurskunst für diese Bereiche zu mobilisieren und regionale Anbieter zu stärken. **Erneuerbare Energien sind von überragendem öffentlichem Interesse!** Dieser Grundsatz muss auch weiterhin gültig sein. Damit haben Erneuerbare Energien bei Abwägungsentscheidungen Vorrang vor anderen Interessen.

Leider mussten wir in den letzten Tagen zur Kenntnis nehmen, dass **die Pläne von Bundeswirtschaftsministerin Reiche** in eine ganz andere Richtung laufen. Würden diese Pläne zum **sogenannten Netzpaket** umgesetzt, endet die Vorfahrt für Erneuerbare Energien. Damit würden Investoren verunsichert und **zehntausende Jobs in der Solarbranche** wären gefährdet. Unfassbar, dass eine Bundeswirtschaftsministerin so etwas plant. Die **Abschaffung der Einspeisevergütung für private Solaranlagen** verbunden mit der Verpflichtung den erzeugten Strom selbst zu vermarkten, würde die **dezentrale Energieerzeugung massiv ausbremsen**. Dies trifft nicht nur Privatleute, sondern auch Kommunen, lokale Energieanbieter und Energiegenossenschaften.

Und was bedeutet das alles für den Kreis Wesel? Natürlich sind auch wir im Kreis Wesel abhängig von Entwicklungen in der ganzen Welt und von Entscheidungen in der Bundespolitik. Die Zunahme der weltweiten Kriege und Krisen wirkt sich auch auf die regionale wirtschaftliche Entwicklung negativ aus. Das spüren Unternehmen über sinkende Umsätze und Gewinne und die Kreiskommunen über sinkende Gewerbesteuererlöse.

Die finanzielle Lage in vielen Kreiskommunen kann man als angespannt bis äußerst schwierig bezeichnen. Und daher ist es nicht verwunderlich, wenn die Kreiskommunen kritisch auf die Transferaufwendungen schauen. Der Kreis wiederum schaut genauso kritisch auf die Transfers an den LVR und RVR.

LVR und der Kreis Wesel werden ihre Ausgleichrücklagen in diesem Jahr weitestgehend aufzehren. Damit ist es absehbar, dass die **Hebesätze für die Transferleistungen ab dem nächsten Jahr deutlich steigen werden.**

Doch der **schwarze Peter des Sparens** kann nicht einfach an die Kreiskommunen durchgereicht werden. LVR und der Kreis Wesel müssen ebenfalls ihren Beitrag zum Sparen leisten. Diese Erkenntnis ist in der Kreisverwaltung durchaus gegeben. Deutlich wird dies, wenn man sieht, dass an **angemeldete Stellenbedarfe** jetzt ein **Preisschild** gehängt wird. Die Kreistagsmitglieder können damit nachvollziehen, um wie viel Prozentpunkte die Kreisumlage steigt, wenn sie einem angemeldeten Stellenbedarf zustimmen.

Insgesamt stehen **37,63 zusätzliche Stellen auf dem Wunschzettel** der Verwaltung. Diese würden ab dem Jahr 2027 **zusätzliche jährliche Personalkosten** in Höhe von **3 Mio. Euro** bewirken.

Die einzelnen Begründungen für den neuen Stellenbedarf klingen logisch und nachvollziehbar. Aber wo wird bitte aufgezeigt, **welche Stellen** in anderen Bereichen **in den nächsten Jahren wegfallen werden?**

Wir hören zwar die Worte „**Aufgabenkritik**“ und „**Digitalisierungsrendite**“ – was aber fehlt, sind konkrete Maßnahmenpläne. Wann wirkt sich zum Beispiel die Digitalisierung der Kfz-Zulassung so aus, dass Stellen eingespart werden können?

Nun haben CDU, SPD und Grüne gemeinsam eine Begrenzung des Stellenzuwachses beantragt. Es sollen „nur“ **24,13 zusätzliche Stellen** geschaffen werden. Das ist einerseits löblich, bedeutet andererseits immer noch **Mehrkosten** in Höhe von **1,9 Mio. Euro, die von den Kreiskommunen zu schultern sind.**

Ein gutes Beispiel für mögliche **Einsparungen konsumtiver Kosten** liefert die **Wirtschaftsförderung**. Hier hat **Herr Hähnel** den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses sehr gut aufgezeigt, welche Kosten durch die Beendigung verschiedener Mitgliedschaften eingespart werden könnten, aber auch welche Nachteile entsprechende Kündigungen mit sich bringen würden. Eine gute Entscheidungsgrundlage.

Zumindest die Kündigung der Mitgliedschaft des Kreises in der **Metropolregion Rheinland** scheint ohne größere Probleme möglich zu sein. „Nach Einschätzung der EAW hat diese Mitgliedschaft nicht den Mehrwert für den Kreis Wesel geliefert, der im Verhältnis zu dem finanziellen Aufwand steht.“

Also, bitte kündigen! Die Einsparung beträgt **jährlich 22.000 Euro** oder **110.000 Euro in dieser Legislatur**.

Einen anderen Punkt aus dem Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen ist gut gemeint, aber man darf ein Fragezeichen setzen, ob er wirksam wird. Um nicht die gesamte Ausgleichsrücklage in Anspruch zu nehmen, soll die Position „**Globaler Minderaufwand**“ von **3,6 auf 10,3 Mio. Euro erhöht werden**. Dabei muss man wissen, dass dies nur ein **Planungsinstrument** ist.

Der „Globale Minderaufwand“ ist eine **haushaltsrechtliche Regelung**, die es dem Kreis erlaubt, pauschal bis zu **2 % seiner ordentlichen Aufwendungen** zu kürzen. **Dieses Instrument unterstellt, dass nicht alle geplanten Ausgaben tatsächlich anfallen werden**. Die Kreisverwaltung muss jetzt also Kürzungsmöglichkeiten in Höhe von mehr als 10 Mio. Euro im laufenden Jahr finden und realisieren. **Wer bitteschön hält das nach?** Oder sollen die Haushaltszahlen damit nur etwas schöner aussehen?

Den vorgeschlagenen **Maßnahmen** der drei Fraktionen für **die zukünftigen Haushalte**, wie die Aufstellung eines **Haushaltssicherungskonzeptes** oder die **Stellenreduzierung um 25% bis 2032** schließen wir uns gerne an.

Entsprechende Forderungen zu erheben ist leicht. Sie in die Tat umzusetzen wird der Kreisverwaltung und allen Kreistagsmitgliedern einiges abverlangen. Aber wenn wir das **Heft des Gestaltens** in der Hand behalten wollen, müssen wir jetzt **notwendige Ziele** und **Meilensteine** definieren, **Maßnahmen planen** und umsetzen und **deren Erfolg kontrollieren**.

Gerne wollen wir uns als **UWG aus der Mitte des Kreistages heraus** dabei konstruktiv einbringen.